



Konfliktherd Hambacher Forst überschattet wichtige Fragen zur Zukunft im Rheinischen Revier

Inzwischen arbeitet die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung und leider zeichnet sich ab, dass meine anfängliche Befürchtung, dass etliche Akteure die Kommission als reine „Kohleausstiegskommission betrachten, berechtigt war. So drohen Umweltverbände mit dem Verlassen der Kommission, obwohl bereits mehrfach klargestellt worden ist, dass die anstehenden Rodungen überhaupt nicht ins Mandat der Kommission fallen. Währenddessen überfallen gesetzlose Krawallmacher im Wald immer wieder Polizei und RWE-Beschäftigte.

Realität wird ausgeblendet

Was mich bei der ganzen Diskussion besonders ärgert ist, dass die verständlicherweise am Forst interessierten Menschen über Rechtslage und reale Anforderungen im Bergbau getäuscht werden. Zum einen ist inzwischen mehrfach gerichtlich festgestellt worden, dass die ab Oktober möglichen Rodungen rechtlich felsenfest sind.

Zum anderen muss ganz klar festgestellt werden, dass selbst bei einem völlig unrealistischen, kamikazehaften Sofortausstieg aus der Kohleverstromung, der Tagebaurand noch mehrere hundert Meter weit abgebaut werden müsste, damit die Böschung für die kommenden Generationen sicher angelegt werden kann. Dies wurde vor Kurzem auch noch einmal von der zuständigen Bergbehörde in Arnsberg bestätigt. Ebenso wirr ist die vermehrt

aufkommende Behauptung, wir könnten kurzfristig aus der Kohle aussteigen. Dies würde zu enormen volkswirtschaftlichen Schäden führen. Und wäre letzten Endes für die Katz, denn welche Nation wird unserem Beispiel folgen, wenn ein Ausstieg wirtschaftlich zur Katastrophe führt?

Konzentration auf Zukunftsfragen

Dringend sollten die Kommission und wir alle uns auf die drängenden Zukunftsfragen für die gesamte Region und nicht zuletzt den Wirtschaftsstandort Deutschland konzentrieren:

Wie erhalten wir die enorme Wertschöpfung in Milliardenhöhe, die in unserer Heimat aktuelle direkt und indirekt durch die Braunkohle erwirtschaftet wird?

Wie nutzen wir die Chancen des Strukturwandel so, dass am Ende die Menschen bei uns in der Region alle profitieren und Städte und Gemeinden als Gewinner dieses Prozesses hervorgehen?

In diesen Bereichen konnten wir in den letzten Jahren schon einiges erreichen, aber wir stehen noch vor gewaltigen Herausforderungen, die aber ebenso große Chancen darstellen. Mit kühlem Kopf sollten wir uns den drängenden Fragen stellen.

In den kommenden Wochen wird sich die Rhein-SPD auf all ihren Kanälen verstärkt mit den Themen Strukturwandel und Energieversorgung der Zukunft auseinandersetzen.

Gravierender Mangel an mietpreisgebundenen Wohnungen im Rhein-Erft-Kreis

Aktuell haben 2373 Haushalte im Kreis einen Wohnberechtigungsschein, deutlich mehr Haushalte dürften berechtigt sein einen solchen zu beantragen. Demgegenüber steht aber nur ein Angebot von 484 preis- und belegungsgebundenen Wohnungen.

War die Tendenz bei der Schaffung geförderten Wohnraums in den Jahren der SPD-geführten Landesregierung stark positiv, so hat sich der von einer Jamaika-Koalition geführte Rhein-Erft-Kreis von dieser Entwicklung schon vor Jahren abgekoppelt. Die CDU-geführte Landesregierung hat leider mehrfach klar gemacht, dass sie nicht nur Mieterrechte massiv einschränken möchte, sondern auch, dass sie von einer sozial ausgerichtete Wohnungsbauförderung wenig hält.

Dies ist die nahtlose Fortsetzung der rein renditeorientierten Politik der letzten CDU-Landesregierung. Diese hatte die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft LEG privatisiert und damit ein über Jahrzehnte erfolgreiches Werkzeug zur Errichtung von preisgünstigem Wohnraum an einen Finanzkonzern verschachert.

Deshalb unterstütze ich ausdrücklich interkommunale Kooperationen zur Gründung von eigenen Wohnungsbaugesellschaften, wie sie etwa in Bedburg angestrebt werden. Auch auf kreisebene wird die SPD weiter konsequent und konstruktiv an dem Thema dranbleiben.

Herzlichst Ihr